Nr. 129 / 17.12.2020

Alexander HOFFMANN informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Jetzt heißt es: Daheim bleiben, Kontakte reduzieren, vernünftig sein!

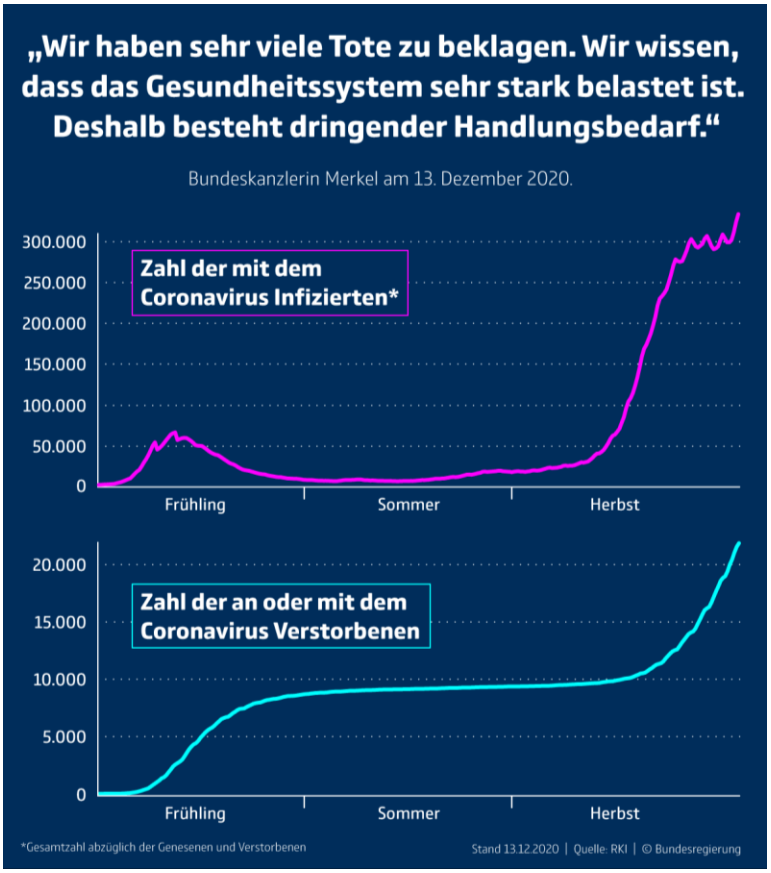
Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Lage ist ernst, so ernst wie nie zuvor seit Beginn der Pandemie: Alle drei Minuten stirbt in Deutschland ein Mensch an Corona. Bedenken Sie: Hinter jedem Todesfall steckt eine Geschichte – von Menschen, die auch gern mit ihrer Familie Weihnachten gefeiert hätten.

Das Robert-Koch-Institut hat am Mittwoch einen traurigen Rekord vermeldet: Mit erstmals mehr als 900 Toten sind in Deutschland innerhalb von 24 Stunden so viele Menschen wie noch nie seit Beginn der Pandemie an oder in Verbindung mit „Covid-19" gestorben. Die Zahl der „Corona"-Toten hierzulande hat sich innerhalb weniger Wochen (seit Ende Oktober) verdoppelt auf mehr als 23.000!

Es kommt nun – leider – genau so, wie es die renommierten Virologen (und die Kanzlerin, der allen Ernstes Panikmache vorgeworfen wurde) vorhergesagt hatten: Nach dem Anstieg der Corona-Infektionen steigt auch die Zahl der Todesfälle. Nach vorläufigen Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) sind Anfang November rund acht Prozent mehr Menschen gestorben als im

Schnitt der Vorjahre. Es gibt also sehr wohl bereits jetzt eine messbare Übersterblichkeit. Wo bitte sind jetzt all die neunmalklugen Corona-Leugner, die behauptet haben, der Virus sei nur ein Schnupfen?

Die exponentielle Ausbreitung des Corona-Virus ist zum Glück zwar weitestgehend gestoppt; der Teil-Shutdown im November war somit zumindest ein Teilerfolg. Die Zahlen gehen aber nicht runter, sondern stagnieren auf zu hohem Niveau. Die Zahlen müssen aber runter, um eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern.



In 75 % der Fälle lässt sich nicht mehr ermitteln, wo sich die Leute infiziert haben. Immer mehr Krankenhäusern droht die Überlastung. Die Ärzte haben die Politik deshalb schon vergangene Woche zu einem sofortigen und vollständigen Herunterfahren des öffentlichen Lebens aufgefordert.

Bund und Länder haben sich deshalb auf harte Maßnahmen geeinigt, die seit dem 16. Dezember gelten: Seit Mittwoch sind fast alle Geschäfte geschlossen, ebenso die Schulen. Lediglich Geschäfte für den täglichen Bedarf wie Supermärkte, Apotheken, Drogerien und Tankstellen bleiben offen. Für Silvester und Neujahr gilt ein Versammlungsverbot und auch Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit ist verboten. Nachts gelten Ausgangssperren. Wir tun das nicht, weil wir es wollen, sondern weil wir es müssen. Es wäre schuldhaft, nicht zu handeln. Die Maßnahmen werden bis zum 10. Januar gelten – mindestens. Denn Ziel ist es, die Zahl der Neuinfektionen in die überhaupt wieder nachverfolgbare Größenordnung von unter 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner pro Woche zu reduzieren.

Jetzt heißt es mehr denn je: Daheim bleiben, Kontakte reduzieren. Feiern lassen sich nachholen, über Geschenke freuen sich Verwandte und Freunde auch später noch. Nichts ist wichtiger als Gesundheit! Und es gibt ja Anlass zur Zuversicht: Der Impfstoff kommt noch vor Weihnachten, der Aufbau der Impfzentren ist größtenteils abgeschlossen. Ich kann daher nur an alle appellieren: Besonnen bleiben, geduldig bleiben!

Kostenfreie FFP2-Masken für alle über 60 und für Risikogruppen

Alle Deutschen über 60 und bestimmte chronisch Kranke (rund 27 Millionen Bürger aus Corona-Risikogruppen) können sich seit Dienstag dieser Woche die ersten drei FFP2-Masken in der Apotheke abholen – kostenlos. Sie haben dafür Zeit bis zum 6. Januar. Es genügt die Vorlage des Personalausweises oder die nachvollziehbare Eigenauskunft über die Zugehörigkeit zu einer der Risikogruppen. Zur Abholung kann aber auch eine andere Person bevollmächtigt werden. Ab Januar gibt es zwölf weitere Masken. Dafür erhalten alle Anspruchsberechtigten von ihrer Krankenkasse Coupons für zweimal je sechs FFP2-Masken; vorgesehen ist dafür ein geringer Eigenanteil von jeweils 2 Euro für je sechs Masken.

Bundeshaushalt 2021: Die Schuldenuhr tickt so schnell wie nie

In der zurückliegenden Woche bereits haben wir den Bundeshaushalt für 2021 beschlossen. Dieser ist maßgeblich von der aktuellen Corona-Pandemie und den daraus resultierenden finanziellen Herausforderungen geprägt. Die geplanten Ausgaben belaufen sich mit rund 498 Milliarden Euro nun auf fast eine halbe Billion (!) Euro. Durch eine Nettokreditaufnahme von 180 Milliarden Euro wird der Etat zu 40 Prozent auf Pump finanziert; ursprünglich waren „nur" 96 Milliarden neue Schulden geplant.

Die Schuldenuhr tickt entsprechend so schnell wie nie zuvor: Jede Sekunde steigen die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen laut „Bund der Steuerzahler" um 10.424 Euro. Erstmals in der mehr als 25-jährigen Geschichte der Schuldenuhr wird die Marke von 10.000 Euro pro Sekunde überschritten – und das leider deutlich. Zum Vergleich: Vor Corona lief die Schuldenuhr sogar rückwärts. Zuletzt hatten sich die Verbindlichkeiten des Gesamtstaats pro Sekunde um 66 Euro verringert (siehe Newsletter Nr. 110 vom 29.11.2019). Da müssen wir – zumindest mittelfristig – wieder hin!

Eine Neuverschuldung in astronomischer Höhe von 180 Milliarden Euro ist eine Zahl, an die wir uns nicht an gewöhnen dürfen. Doch das Geld wird benötigt, um die Wirtschaftshilfen für die Unternehmen, Freiberufler, Selbstständigen und Kulturschaffenden sowie die Mehrausgaben im Gesundheitswesen zu finanzieren. Corona lässt uns eben keine Wahl. Es handelt sich um eine Jahrhundert-Krise, die alle Lebensbereiche erfasst.

Jetzt zu sparen, würde die Krise verschärfen und wir hätten bald hunderttausende Arbeitslose mehr. Klar ist aber auch, dass wir nicht ewig derart hohe Schulden machen können. Schließlich muss die über die Normalregelung der Schuldenbremse hinausgehende Verschuldung in den kommenden 20 Jahren getilgt werden. Das bedeutet eine jährliche Haushaltsbelastung ab 2026 im zweistelligen Milliarden-Bereich. Diese Pflicht kommt zur Tilgung der außerordentlichen Neuverschuldung aus diesem Jahr hinzu. Hierfür ist eine Tilgung ab 2023 in 20 Jahresschritten vorgesehen. Schon jetzt ist damit absehbar: Beide Tilgungsleistungen werden künftige Haushalte in zweistelliger Milliardenhöhe belasten und damit die Spielräume massiv einschränken.

Unser Ziel ist es, auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren und solide zu wirtschaften, um die Schuldenbremse wieder einhalten zu können. Falsch wäre es auch, nach der Krise die Ausgaben zusammenzustreichen oder Steuern zu erhöhen – das würde die wirtschaftliche Erholung bremsen statt fördern.

Viele gute Beschlüsse, die Sie unbedingt kennen sollten

Seit vielen Monaten dreht sich alles nur noch um „Corona" – sollte man meinen. Doch wir haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten auch noch eine ganze Reihe weiterer guter Gesetze und Gesetzesänderungen beschlossen, die Sie unbedingt kennen sollten, denn: 2021 gibt es große Steuersenkungen! Doch damit noch lange nicht genug. Hier kurz und kompakt das Wichtigste:

■ <u>Wir entlasten die Familien</u>

Das Kindergeld erhöhen wir zum 1. Januar 2021 noch einmal um 15 Euro (für das erste und das zweite Kind gibt es künftig 219 Euro monatlich, für das dritte 225 Euro und für jedes weitere Kind je 250 Euro) und auch der Kinderfreibetrag steigt entsprechend, ebenso wie die Freibeträge für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf von Kindern. Sie steigen zusammen um mehr als 500 Euro auf 8.388 Euro. Auf diese Summe vom Einkommen müssen Eltern keine Steuern zahlen.

■ Wir entlasten auch Alleinerziehende

Ein besonderes Anliegen ist uns die Entlastung von alleinerziehenden Müttern und Vätern. Wir sind der Meinung: Wer alleine doppelte Verantwortung trägt, gehört auch dauerhaft doppelt entlastet. Der sogenannte Entlastungsbetrag wird dauerhaft auf 4.008 Euro verdoppelt (bisher 1.908 Euro).

■ Wir verdoppeln die Behindertenpauschbeträge

Der Behinderten-Pauschbetrag, der bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden kann, ist seit 1975 nicht mehr angepasst worden – wir verdoppeln ihn jetzt von 3.700 Euro auf bis zu 7.400 Euro. Ein klares Zeichen der Unterstützung für Menschen mit Behinderung in unserem Land!

■ Wir unterstützen pflegende Angehörige

Auch wer Angehörige oder Bekannte pflegt, wird steuerlich entlastet: Wir erhöhen den Pflege-Pauschbetrag von 924 Euro auf 1.800 Euro. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Person, die gepflegt wird, blind, hilflos oder in den Pflegegrad 4 oder 5 eingestuft ist. Weil diese Voraussetzungen streng sind, führen wir zusätzlich zwei neue Pflege-Pauschbeträge ein: in Höhe von 600 Euro für die Pflege von Personen mit Pflegegrad 2 und von 1.100 Euro bei Pflegegrad 3.

■ Der Grundfreibetrag steigt deutlich

Der Anteil des Einkommens, auf den man keine Steuern zahlen muss, steigt 2021 auf 9.744 Euro und im Jahr 2022 weiter auf dann 9.984 Euro.

■ Für fast alle fällt der „Soli" endlich weg!

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für immerhin 90 Prozent der Steuerzahler ist die größte Einkommenssteuersenkung der zurückliegenden Jahre. Damit wird eine langjährige Forderung der CSU endlich umgesetzt, während wir gleichzeitig an unserer Forderung nach einer baldigen Komplettabschaffung des „Soli" festhalten.

■ Ein dickes Danke an alle Ehrenamtlichen

Als Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement" des Deutschen Bundestages habe ich mich schon lange eingesetzt – nun kommt sie endlich, die Erhöhung der Ehrenamtspauschale von 720 auf 840 Euro. Freuen können sich auch alle Übungsleiter, Erzieher oder Betreuer: Die Übungsleiterpauschale steigt von 2.400 Euro auf 3.000 Euro.

■ Home-Office-Pauschale für 2020 und 2021

Arbeitnehmer, die coronabedingt viel von zu Hause arbeiten, können mit einer steuerlichen Entlastung rechnen: Steuerpflichtige können für jeden Tag, an dem sie ausschließlich in der häuslichen Wohnung arbeiten, einen Betrag von fünf Euro geltend machen (maximal jedoch 600 Euro pro Kalenderjahr). Die Homeoffice-Pauschale wird für 2020 und 2021 gewährt.

■ Das Geschäftsmodell Abmahnmissbrauch wird beendet

Jetzt ist Schluss mit fadenscheinigen Abmahnungen und überhöhten Gebühren! Gerade während des ersten Lockdowns haben viele kleine Unternehmen versucht, sich mit Online-Shops über Wasser zu halten. Viele dieser Unternehmen sehen sich jetzt wegen zum Teil kleinster Fehler im Online-Auftritt (z.B. bei minimalen Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung) völlig überzogenen Forderungen ausgesetzt. Denn es gibt regelrechte Abmahnvereine, die das Internet nach solchen Kleinstverstößen durchsuchen und die Erstattung der Abmahnkosten zum Geschäftsmodell gemacht haben. Einem solchen Abmahnmissbrauch schieben wir jetzt einen Riegel vor durch das „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs". Anforderungen an abmahnbefugte Wettbewerber werden verschärft, von Abmahnvereinen verlangen wir mehr Transparenz. Insbesondere werden wir die finanziellen Anreize für missbräuchliche Abmahnungen begrenzen, indem wir Aufwendungsersatzansprüche und Vertragsstrafen stark einschränken.

■ Wir beschleunigen wichtige Investitionen in unsere Infrastruktur

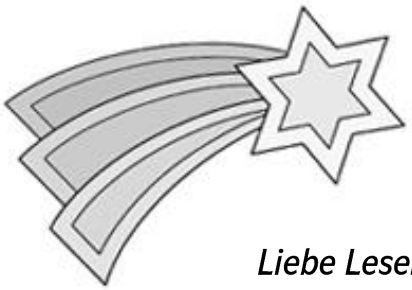
Langwierige Feststellungs-, Raumordnungs- und jahrelange Gerichtsverfahren bei wichtigen Infrastrukturprojekten gehören künftig der Vergangenheit an. Denn durch das Investitionsbeschleunigungsgesetz kann einfacher, effizienter und schneller geplant und gebaut werden. Es verkürzt die Planungsverfahren und sorgt dafür, dass Investitionen in die Infrastruktur – also Straßen, Autobahnen, Schienenstrecken und Wasserwege – schneller umgesetzt werden können. Absichtlichen Blockaden, mit denen wichtige Projekte verhindert oder zumindest möglichst lange verzögert werden, wird damit einen Riegel vorgeschoben. Bisher kann sich bei Klagen so ein Verfahren über Jahre hinziehen. Mit dem neuen Gesetz wird sofort auf Ebene der Oberverwaltungsgerichte entschieden und damit allen Beteiligten der lange Klageweg und eine Menge Geld erspart. Für überregional wichtige Infrastrukturprojekte wird gesetzlich ein Sofortvollzug angeordnet. Das heißt: Nach Genehmigung durch die zuständige Behörde kann sofort losgelegt und gebaut werden.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Michael Dominik
Grafiken: Bundesregierung;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Liebe Leserinnen und Leser,
ich wünsche Ihnen am Ende dieses außergewöhnlichen Jahres ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest sowie viel Gesundheit und Gottes Segen für das neue Jahr 2021.